



N i e d e r s c h r i f t

**über die 4. Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Jobcenterausschuss
am 03.04.2025**

**Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:13 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Verpflichtung sachkundiger Einwohner
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 16.01.2025
- 7 Informationen der Verwaltung
- 8 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 9 Berichterstattung zum Stand der Umsetzung der Konzessionsvergabe Rettungsdienst
- 10 Berichterstattung zur Sozialplanung – Diskussion Konzeptionsentwurf
- 11 Situationsbericht zur Zuweisung, Unterbringung und Betreuung von nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländern im Landkreis
- 12 Informationen zu aktuellen Sachständen/Entscheidungen des Jobcenters
- 13 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 14 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Heeg eröffnet heute als Ältester, da der Vorsitzende Herr Ehrlich und der stellvertretende Vorsitzende nicht anwesend sind, die Sitzung und fügt als Tagesordnungspunkt „Wahl des heutigen Vorsitzenden“ ein. Er fragt nach Vorschlägen.

Frau Führer schlägt daher Herrn Heeg zur Übernahme des heutigen Vorsitzenden vor. Der Vorschlag wird einstimmig von den Ausschussmitgliedern angenommen

Herr Heeg eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, sachkundigen Einwohner und Gäste.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.
Es sind 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge für die Tagesordnung vor.
Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig der Tagesordnung zu.

Punkt 4. Verpflichtung sachkundiger Einwohner

Herr Heeg verpflichtet Frau Heinze als sachkundige Einwohnerin, gratuliert ihr und freut sich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Punkt 5. Einwohnerfragestunde

- keine Anfragen

Punkt 6. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 16.01.2025

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vom 16.01.2025 vorgebracht. Über die Niederschrift wird wie folgt abgestimmt:

4	Ja -Stimmen
0	Nein-Stimmen
4	Enthaltungen

Punkt 7. Informationen der Verwaltung

Herr Heeg erteilt Frau Ludwig, Fachbereichsleiterin des FB 53, das Wort.

Frau Ludwig stellt Frau Böge als neue Präventionsbeauftragte vor. Frau Böge ist vorerst bis November 2026 befristet eingestellt. Die Stelle wurde neu geschaffen und wird durch Fördermittel des Landes finanziert.

Frau Böge stellt sich den Ausschussmitgliedern und allen weiteren Anwesenden vor und informiert über ihr Aufgabengebiet im Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Herr Heeg bittet Frau Böge um Berichterstattung ihrer Tätigkeit in einem Jahr

Punkt 8. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Es liegen keine amtlichen Bekanntmachungen vor.

Punkt 9. Berichterstattung zum Stand der Umsetzung der Konzessionsvergabe Rettungsdienst

Herr Donath informiert über die stattgefundene Übergabe des bodengebundenen Rettungsdienstes zum Jahreswechsel 2024/2025.

Er stellt Herrn Christian Kohler aus dem Fachdienst Leitstelle und Rettungsdienst des FB 38 vor und übergibt das Wort an ihn:

Herr Kohler informiert ausführlich über die Übergabe der Rettungswachen zum 01.01.2025. Dabei wird erläutert, dass der FB 38 inzwischen 5 Rettungswachen vor Ort überprüft hat und festgestellt wurde, dass keine Qualitätsmängel in den Rettungswachen festgestellt wurden.

Des Weiteren informiert Herr Kohler, dass sowohl in Köthen als auch in Zerbst neben älteren Fahrzeugen auch moderne Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Einige ältere Fahrzeuge wurden mit neuen Motoren ausgestattet.

Das Personal ist sehr gut aufgestellt und auch die Arbeitsschutzkleidung bei den Johannitern und beim DRK ist sehr ordentlich. Es gibt keine Bedenken bzw. Beanstandungen. Das Gleiche gilt für die Aufbewahrung und das Vorhandensein von Desinfektionsmitteln und den Verschluss der Medikamente.

Frau Zoschke fragt, wie die Übernahme des bisherigen Personals verlaufen ist und ob eine Fluktuationsrate in andere Bereiche feststellbar ist. Weiterhin wird von Frau Zoschke ange-

fragt, ob der/die Fahrer/in der Einsatzwagen Ortskundigkeit vorweisen können. Wurden alle bisherigen Kritikpunkte umgesetzt bzw. ist eine Umsetzung erfolgt?

Herr Donath informiert zu den aufgeworfenen Fragen und teilt hierzu mit, dass Personal der alten Leistungsträger zu den neuen Leistungsträger übergegangen ist. Ob dies vollständig erfolgt ist, darüber hat er keine Kenntnis. Es sind auch personelle Übergänge vom DRK Bitterfeld zum DRK KÖT erfolgt.

Des Weiteren informiert Herr Donath, dass die Fahrer/innen unbedingt Ortskunde aufweisen müssen.

Herr Wolkenhaar fragt, warum eine elektronische Dokumentation nicht mehr möglich ist und möchte wissen, welche Wachen bei der Überprüfung besucht wurden.

Herr Kohler teilt hierzu mit, dass am 1. Tag die Wachen in Köthen und Radegast geprüft wurden. Hier konnte sogar in Radegast der neue Schwerlastrettungswagen in Augenschein genommen werden.

Am 2. Tag erfolgte die Überprüfung in Bitterfeld und Gossa und am 3. Tag war man in Zerbst.

Herr Donath erklärt zum elektronischen Dokumentieren sein Bedauern, da diese Möglichkeit tatsächlich nicht mehr in Bitterfeld möglich ist. In den Jahren 2006-2024 wurde per Tablet auf jedem Fahrzeug digital dokumentiert. In Köthen besteht derzeit noch die Möglichkeit des digitalen Dokumentierens, aber die Geräte sind bereits abgeschrieben und sollten diese nicht mehr funktionieren, geht man auch hier in die Dokumentation per Papierform zurück.

Die digitale Dokumentation als notwendige Voraussetzung konnte jedoch nicht in der Ausschreibung aufgenommen werden, da das Land Sachsen-Anhalt ein einheitliches digitales System fordert. Leider ist es bislang noch nicht zu einer Vergabe gekommen, da noch keine Einigung seitens des Landes vorliegt. Es muss somit erst die Verordnung des Ministeriums abgewartet werden, damit eine Planung für 2026 für die digitale Dokumentation erfolgen kann.

Herr Koppe hinterfragt das Alter der Fahrzeuge und die Ausstattung.

Herr Kohler informiert über die anstehende Lieferung von Neufahrzeugen im Jahr 2025.

Punkt 10. Berichterstattung zur Sozialplanung – Diskussion Konzeptionsentwurf

Herr Heeg öffnet TOP 10 und erteilt Herrn Hesse das Wort.

Herr Hesse informiert umfangreich über die zusammengetragenen Daten und Fakten.

Auf die anhängende Präsentation wird Bezug genommen.

Frau Führer hinterfragt die Daten in Bezug auf die Versorgung durch Ärzte als ein-Standort oder als Niederlassung und daraus schlussfolgernd die Wochenarbeitszeit ab.

Herr Hesse kann diese Frage nicht sofort beantworten, prüft jedoch die methodische Erfassung und wird dies dann Frau Führer mitteilen.

Punkt 11. Situationsbericht zur Zuweisung, Unterbringung und Betreuung von nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländern im Landkreis

Herr Heeg eröffnet TOP 11 und erteilt Herrn Schenk das Wort. Herr Schenk ist der stellvertretene Fachdienstleiter und vertritt Frau Wagner.

Herr Schenk informiert umfangreich zur Situation der Asylbewerber im Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

Auf die anhängende Präsentation wird verwiesen.

Herr Schenk teilt mit, dass in vielen Orten des Landkreises AGHs (Arbeitsgelegenheitsstellen) vorgehalten werden und diese auch sehr gern von den Asylbewerbern angenommen werden.

Frau Zoschke erfragt, wie der Landkreis mit psychischen Erkrankungen der Flüchtlinge umgeht.

Herr Schenk erläutert hierzu, dass, sollte eine psychische Erkrankung oder Traumata schon bei Zuteilung durch das Land bekannt sein, eine Vorab-Information vom Land übermittelt wird. Des Weiteren erfolgt dann eine ärztliche Betreuung des betreffenden Flüchtlings.

Problematisch sind die Fälle, bei denen die psychischen Erkrankungen nicht bekannt sind. Hier ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Ämtern und dem sozialpsychiatrischen Dienst erforderlich.

Punkt 12. Informationen zu aktuellen Sachständen/Entscheidungen des Jobcenters

Herr Heeg eröffnet TOP 12 und erteilt Frau Käbisch das Wort.

Frau Käbisch informiert, dass derzeit die Anzahl der Bürger/innen mit Bezug von ALG I steigt.

Auf die anhängende Präsentation wird verwiesen.

Die Anzahl der AGH Maßnahmen ist gestiegen. Die Hälfte der Eingliederungsmittel sind laut Vorgabe des Bundes für AGH Maßnahmen auszugeben.

Der Nachweis der erfolgreichen Integration in den letzten Jahren anhand von Zahlen ist schwierig.

Die Effizienz dieser Maßnahmen wird mit Hilfe von Coachings und Praktika bzw. Vermittlungsgutscheinen unterstützt. Weiterhin werden Eingliederungszuschüsse gewährt.

Frau Käbisch informiert über die derzeitige wirtschaftliche Lage, welche sich im Gegensatz zu 2024 verschlechtert hat. Es sind keine neuen Stellen ausgeschrieben, Fachkräfte fehlen weiterhin und es stehen weniger Mittel für das Jobcenter als noch in 2024 zu Verfügung.

Herr Elze hinterfragt die Tätigkeit der KÖBEG. Schließt die KÖBEG demnächst und wenn ja, welche Ursachen liegen für eine Schließung vor?

Frau Käbisch teilt hierzu mit, dass ihr keine Information zur Schließung vorliegen. Allerdings hat die KÖBEG selbständig keine Angebote abgegeben, ob es für die KÖBEG nicht wirtschaftlich erscheint, entzieht sich ihrer Kenntnis. Allerdings gibt es etliche Maßnahmen, die durchgeführt werden, jedoch bei verringertem Angebot.

Punkt 13. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Es gibt keine öffentlichen Vorlagen.

Punkt 14. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Heeg gibt TOP 14 bekannt und fragt bei Frau Käbisch an, ob es sinnvoll wäre, dass in diesem Ausschuss auch das SGB III – Arbeitslosengeld I - behandelt werden und somit für die nächste Ausschusssitzung jemand aus dieser Behörde eingeladen werden sollte.

Frau Käbisch informiert, dass grundsätzlich auf den Seiten 13 + 24 der Präsentation im Monatsbericht zur Situation im SGB III-Bereich nachgelesen werden kann. Aus ihrer Sicht ist sind die Informationen ausreichend.

Frau Käbisch schlägt jedoch vor, den Arbeitsmarktreport vorzulegen, aus dem viele weitere Informationen entnommen werden können.

Frau Bauer hatte in der Sitzung vom 29.08.2024 die Frage der Vermögenserhebung bei den ukrainischen Flüchtlingen aufgeworfen. Eine Beantwortung liegt ihr noch nicht vor. Sie bittet daher um Beantwortung.

Frau Käbisch erläutert hierzu das Prozedere, dass, sobald eine Kenntnis von Vermögen vorliegt, dieses natürlich auch überprüft wird. Wenn jedoch keine Kenntnis des Vermögens vorliegt, besteht auch kein Anspruch auf Ermittlung. Leider gibt es hier für das Jobcenter nur wenige Möglichkeiten zur Überprüfung.

gez.

Vorsitzende/r Sozial-, Gesundheits- und Jobcenterausschuss

gez. Karen Reinelt
Gudrun
Petzhold
Protokollant/in